

Die große Verleumdung

Die Schuldigen für den tausendfachen Tod an Europas Grenzen scheinen festzustehen: Junge Leute, Gutmenschen, die in ihrem Drang zu helfen über das Ziel hinaus geschossen sind, mit kriminellen Schlepper*innen kooperiert haben, einen Pull Faktor bilden, der noch mehr Menschen aufs Meer lockt. Das zumindest suggerieren unter anderem Gerichtsakten, zur Beschlagnahme des Rettungsschiffs IUVENTA, die Teil einer gleichermaßen absurden wie gelungenen Inszenierung sind. Die Realität sieht anders aus: Europa lässt Italien im Stich, das versucht den Druck weiterzugeben. Leidtragende sind nicht die zivilen Seenotretter*innen oder irgendwelche Schlepperbanden, sondern die Menschen auf der Flucht, die nun noch gefährlicher wird. Die wahren Verantwortlichen für die Tragödie auf dem Mittelmeer hingegen bleiben unbehelligt.

Ein Bericht von Ruben Neugebauer mit Bildern von L. Hoffman.





Sea-Watch 3



Im Einsatz

Die „Sea Watch 3“ wurde am 02.11 in den Dienst der Mittelmeermission gestellt



Auf der Brücke
*Die Kommunikation mit den zuständigen Seeleitstellen und
die Einhaltung der Grenzen von Hoheitsgewässern funktionieren
nur mit der richtigen Technik*



Im Maschinenraum
Neben der Rettung von in Not geratenen Menschen,
kümmert sich die Crew um die Instandhaltung des
Schiffes

Banges Warten auf die Rettung
*Die Crew rettet die Betroffenen vor dem Ertrinken im Mittelmeer
und leistet Erste Hilfe*





In letzter Sekunde

Eine Rettungsaktion vor Sizilien im Sommer diesen Jahres



SEA RESCUE
منقذو البحار

Sea-Watch 3

Sea-Watch



Retten statt Reden

*Über 30.000 Menschen haben die Helfer*innen von Sea Watch seit Beginn ihrer Mission im Mittelmeer gerettet*



Sie haben es geschafft: Niemand redet über den Einsatz der italienischen Marine vor Libyen, die libyschen Milizen dabei hilft, das Völkerrecht zu brechen, oder über Zahlungen an dubiose Milizen, die Flüchtende bereits an den Stränden stoppen und einsperren. Das Versagen der Europäischen Union, das Sterben an ihren tödlichen Außengrenzen zu beenden, ist in den Hintergrund geraten. Darüber, dass die EU die Menschen erst in die Hände krimineller Schlepperbanden und auf unsichere Boote treibt, weil sie alle anderen Wege für Schutzsuchende verschließt und darüber, dass die NGO (Nichtregierungsorganisation) Retter*innen nur aktiv sind, weil Europa seine Verantwortung nicht wahrnimmt, schreibt kaum noch jemand. Die zivilen Rettungsschiffe durchkreuzen das europäische Konzept des Sterbenlassens. Sie stören, deshalb wird ihnen jetzt der Prozess gemacht.

Hürden für die Rettung

Die Beschlagnahmung der IUVENTA ist eine Verzweiflungstat der Italiener*innen, die von den anderen EU Staaten mit den Auswirkungen der selbst verursachten humanitären Krise im Stich gelassen werden. Das ist Teil einer über Monate aufgebauten Verleumdungskampagne. 2016 waren mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Dennoch haben Sie es geschafft, Vielen einzureden, dass ein 35 Meter langer alter Fischkutter dafür verantwortlich sein soll, dass sich Tausende in die Boote begeben. Empirisch ist das längst widerlegt, aber es ist eine einfache Erklärung, die gerne geglaubt wird und jetzt sollen die Leute von *Jugend Rettet* auch noch mit Schlepper*innen kooperiert haben. Die Dramaturgie stimmt und De Maizière reibt sich die Hände, weil er, als einer der wahren Verantwortlichen für die Probleme, mit denen Italien zu kämpfen hat, indem er die Dublin Regulierungen aufrechterhält, unbehelligt bleibt.

Ein Rettungseinsatz wurde behindert, um ein Schiff zur Durchsuchung in den Hafen zu bekommen, Hauptbelastungszeug*innen stehen möglicherweise der sogenannten Identitären Bewegung nahe, die Bilder und Telefonmitschnitte in den Ermittlungsakten sind aus dem Zusammenhang gerissen und zeichnen ein Bild, das nicht der Realität auf dem Wasser entspricht – die ist deutlich komplexer. Die Vorwürfe lassen sich allesamt einzeln entkräften, gleich dazu ein paar

Beispiele, doch wer wirklich verstehen will, was auf dem Mittelmeer gerade passiert, muss deutlich früher anfangen.

Strategien der Vergangenheit

Es gab schon einmal eine Zeit, in der Deals mit Libyen geschmiedet wurden, um die Flucht übers Mittelmeer zu verhindern. Berlusconi hatte Gaddafi zum Türsteher Europas gemacht. Auch damals wurden Hilfsschiffe beschlagnahmt und den Retter*innen der Prozess

gemacht. Wie im Fall der IUVENTA ging es um den Vorwurf der Beihilfe zur illegalen Einreise. Das Verfahren gegen den Kapitän der Cap Anamur zog sich über Jahre und verlief voller Ungereimtheiten: Ein Belastungszeuge, der beim Lügen ertappt wurde, Unterschriften, die von den Ermittlungsbehörden gefälscht wurden und am Ende doch der

Freispruch. Ganz ähnlich verlief das Verfahren gegen zwei tunesische Fischer, deren Boote ebenfalls nach einer Rettungsaktion beschlagnahmt wurden, zum Zeitpunkt des Freispruchs nach mehr als vier Jahren und einer Verurteilung in erster Instanz waren sie jedoch bereits finanziell ruiniert.

Veränderung zum Positiven deuteten sich an

Mit dem Regierungswechsel zeigte sich Italien dann deutlich Flüchtlingsfreundlicher und nach Gaddafis Sturz stiegen gleichzeitig die Zahlen der Schutzsuchenden, die übers Meer nach Italien kamen, deutlich an. Als im Oktober 2013 mehr als 300 Menschen vor Lampedusa ertranken, reagierte Italien mit der Rettungsmission Mare Nostrum und wurde schon damals von den anderen EU-Mitgliedsstaaten im Stich gelassen. Im Alleingang retten die Italiener*innen über 100 000 Menschen. Anstatt zu helfen, wirft Frontex ihnen vor, ein Pull Faktor zu sein. Ende 2014 wird Mare Nostrum eingestellt. Offizielle Begründung: Kosten. Die Folge: Die Flüchtlingszahlen sinken nicht, die Zahl der Toten steigt deutlich an.

2015 treten dann zum ersten Mal zivile Rettungsorganisationen als Faktor auf den Plan. Auch die EU ist mit der Anti-Schlepper-Mission EUNAVFOR MED vor Ort und dennoch ist es allen voran die italienische Küstenwache, die viele tausend Menschen rettet. Auch damals bat Italien die anderen Mitgliedstaaten um Hilfe. Als diese ausblieb, erzwang die italienische

Ermittlungsakten zeichnen ein Bild, das nicht der Realität auf dem Wasser entspricht

Regierung eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten, in dem sie aufhörte, die Ankommenden zu registrieren, so dass diese einfach weiterreisen konnten. Zeitgleich kämpften sich in Griechenland gestrandete Geflüchtete die Balkan Route frei, die Dublin Verordnungen waren de facto außer Kraft gesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der zivilen Seenotrettung und den italienischen Behörden lief unterdessen sehr gut. Das Verhältnis der zivilen Retter*innen mit der Rettungsleitstelle in Rom, könnte man fast als freundschaftlich beschreiben. Das gilt auch für *Jugend Rettet* und die Crew der IUVENTA, welche ab Sommer 2016 vor Ort retteten und das ist durch zahlreiche Interviews mit beiden Seiten belegt. Von einer feindseligen Stimmung gegenüber den italienischen Behörden, von der die Ermittlungsakten sprechen, ist nichts zu spüren. Die italienische Küstenwache selbst ist es, die die NGO Schiffe zu Rettungseinsätzen nun immer näher an die libysche Küste schickt. Das ist auch richtig so, denn wer in Seenot ist, muss gerettet werden, ganz egal warum er dort ist, da gibt es nichts zu diskutieren und so will es auch das Seerecht.

Konfrontationen in der Folge

Ende 2016 ändert sich der Tonfall: Zwar ist das Verhältnis der zivilen Retter*innen mit der italienischen Küstenwache nach wie vor sehr gut, Angehörige der Küstenwache bringen immer wieder ihre Dankbarkeit gegenüber den zivilen Kolleg*innen zum Ausdruck, doch die Mitte Links Regierung Italiens gerät zunehmend innenpolitisch unter Druck von Rechts. Sie kann den Druck nun auch nicht mehr einfach nach Norden weitergeben, wie 2015. Österreich droht mit einem Zaun auf dem Brenner. Es bleibt die andere Seite des italienischen Stiefels: der Süden, die Häfen Siziliens, wo die Flüchtenden ankommen. Während die NGOs weiter in enger Abstimmung mit der italienischen Rettungsleitstelle Leben retten, kein Einsatz verlief ohne Absprache mit Rom, beginnt eine beispiellose Verleumdungskampagne: Ein Ping-Pong-Spiel unterschiedlicher Akteur*innen, die zunächst Vorwürfe erheben, um etwas später wieder zurückrudern zu müssen.

Einige Eckpunkte: Im Februar 2017 gibt Frontex-Chef Fabrice Leggeri der Welt ein Interview, indem er NGOs indirekt vorwirft, mit Schlepper*innen zusammenzuarbeiten. Der sizilianische Staatsanwalt Zuccaro legt

nach und spricht von verdächtigen kleineren NGOs. Viele Medien greifen die Aussagen auf. Der Tenor lautet: „Retter in der Kritik.“ Unter Druck geraten, nachdem am Osterwochenende die zivile Flotte mit der IUVENTA in einer Hauptrolle eine Katastrophe verhindert hat, behauptet Frontex im ZDF, man habe die Hilfsorganisationen nie kritisiert. Quasi zeitgleich

Der Tenor lautet: „Retter in der Kritik“

verkündet nun wieder Zuccaro, er habe Beweise für eine direkte Zusammenarbeit zwischen NGOs und Schleuser*innen. Er spricht davon, dass NGOs ihre Transponder abschalten würden und von Lichtsignalen an die libysche Küste.

Der Fall schlägt hohe Wellen, die NGOs müssen sich vor einem Untersuchungsausschuss des italienischen Parlaments rechtfertigen. Das Vorgehen Zuccaros wird kontrovers diskutiert, ihm selbst droht ein Verfahren, weil er für seine Vorwürfe keine Beweise vorlegen kann. Diese sind ohnehin größtenteils völlig unplausibel: Zunächst haben die NGO-Schiffe keine Scheinwerfer an Bord, die man bei Patrouillen 12 nautische Meilen oder noch weiter nördlich der Küste in Libyen noch sehen könnte. Weiterhin gibt es auf Internetseiten wie etwa marinetraffic.com zwar tatsächlich Zeiten, in denen keine Position einzelner NGO-Schiffe übertragen wurde, jedoch liegt das Ganze einfach daran, dass das Signal der Schiffstransponder ein analoges Signal ist, das erst einmal jemand ins Internet übertragen muss. Das heißt: Ist ein Schiff also zu weit von einer übertragenden Station entfernt, gibt es im Internet kein Signal. Auch die Finanzierung der NGOs hatte Zuccaro öffentlich in den Fokus seiner Ermittlungen gerückt. Nun sind die NGOs gemeinnützige Organisationen, also ohnehin zur Transparenz verpflichtet. Das hätte im Falle von *Jugend Rettet* eine einfache Anfrage beim Finanzamt in Deutschland ergeben, dennoch entschied sich der Staatsanwalt dazu, öffentlich in den Raum zu stellen, dass NGOs von Schlepper*innen finanziert sein könnten. Der Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission entlastet die Retter*innen, doch der Schaden ist da bereits angerichtet.

Immer wieder also werden Rettungsorganisationen, die nicht in das Konzept europäischer Abschottung passen, heftig beschuldigt: Es werden angebliche Beweise präsentiert und Erklärungen abgegeben, die zunächst schlüssig klingen - später zeigt sich dann, dass die Vorwürfe nicht haltbar sind. So war das bei Cap Anamur und so wird es sehr wahrscheinlich auch bei *Jugend Rettet* geschehen.

Endlich in Sicherheit?
*Sichtlich erschöpfte Geflüchtete bei der Ankunft an
der italienischen Werft*



Erste Hilfe
*Nachdem Seawatch die oft dehydrierten Menschen an Bord mit Wasser,
Lebensmittel und emedizinisch versorgt, werden sie an Land eingehender
untersucht*



Brüchige Bilder versus reale Probleme

Die Ermittlungsakten suggerieren Fakten: Boote, die von *Jugend Rettet* geschleppt und anschließend von Schleuser*innen wieder verwendet werden, Beiboote der IUVENTA, die mit Schlepper*innen am selben Boot arbeiten, den Leser*innen zeichnet sich ein eindeutiges Bild, doch die angeblichen Beweise haben Schönheitsfehler: Das fängt schon bei den Hauptbelastungszeug*innen an, Mitarbeiter*innen einer Security Firma mit Verbindungen in die rechte Szene.

In diesem Zusammenhang sind auch die Fotos mit Vorsicht zu genießen, welche eine Zusammenarbeit zwischen *Jugend Rettet* und den Schlepper*innen beweisen sollen. Auf einem der Bilder sieht man ein Einsatzboot der IUVENTA, das Menschen von einem Schlauchboot aus birgt, gleichzeitig klauen Libyer auf einem kleinen Fischerboot den Motor. Tatsächlich wird dieser Motor sehr wahrscheinlich wieder von Schleuser*innen eingesetzt werden.

Die NGOs nennen sie Engine Fisher*innen, und sie stellen für sie ein Problem dar, denn wenn etwa ein Schlauchboot ein zweites Mal verwendet wird, steigt die Gefahr, dass es sinkt, weil die Luftkammern bereits stark belastet wurden und schneller Leck schlagen. Die Boote der Geflüchteten werden deshalb nach der Rettung versenkt, sofern Zeit dazu ist, die Rettung von Menschenleben hat logischerweise immer Priorität. Immer wieder haben auch Crewmitglieder*innen der IUVENTA Engine Fisher*innen vertrieben, um zu verhindern, dass Boote noch einmal eingesetzt werden.

Die Engine Fisher*innen, für die durch das Versenken der Boote eine der wenigen Möglichkeiten verloren geht, im Bürgerkriegsland Libyen ein Geschäft aufzubauen, wurden deshalb immer aggressiver gegenüber den NGOs. Da sich die Europäische Union mit ihren Kriegsschiffen nahezu komplett aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen hat, ist Deeskalation gegenüber den nicht selten bewaffneten Engine Fisher*innen in Hinblick auf die Sicherheit der Crew durchaus angebracht. Häufig halten sich Engine Fisher*innen in der Nähe von in Seenot geratenen Schlauchbooten auf und nähern sich während der Rettung. Mit einer angeblichen Zusammenarbeit hat

das dennoch nichts zu tun. Es ist auch nicht Aufgabe einer Rettungsorganisation, das Klauen von Motoren zu verhindern. Die Feuerwehr ist ja auch nicht dafür zuständig, nach einem Brand Plünderungen zu verhindern, dafür gibt es die Polizei und es ist richtig, dass es da eine Trennung gibt.

Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren angeblichen Beweis: Auf dem Foto ist ein Beiboot der IUVENTA zu sehen, welches ein Holzboot zieht, auf das eine Nummer gesprüht ist. Wenige Tage später wird das eindeutig identifizierbare Boot von Schlepper*innen erneut verwendet. Ein klarer Fall könnte man meinen, doch die Realität im Einsatzgebiet vor Libyen ist bedeutend komplizierter: Da die Europäische Union mittlerweile kaum noch bei der Rettung hilft, musste die Crew der IUVENTA teils allein mit bis zu 1000 Menschen in Seenot klarkommen. Dies übersteigt die Kapazitäten für Schiff und Crew, dementsprechend wird in so einem Fall versucht, die Situation mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu stabilisieren. Für das Versenken von Booten bleibt dann meist keine Zeit. Es kommt jedoch häufiger vor, dass leere Flüchtlingsboote im Rahmen der Rettungsmaß-

nahmen geschleppt werden müssen, sei es um Material zu transportieren oder einfach um sie aus dem Weg zu räumen. Sehr wahrscheinlich musste die Rettungscrew das kleine Holzboot aufgrund anderer Aufgaben im Rahmen des Rettungseinsatzes dann wieder treiben lassen und eine Engine Fisher*in hat es sich geschnappt. Das Bild ist also keine Fälschung, tatsächlich wurde das betreffende Boot von *Jugend Rettet* geschleppt, es ist jedoch grob aus dem Zusammenhang gerissen, um eine Behauptung aufzustellen und keineswegs ein Beweis für die Zusammenarbeit mit Schlepper*innen.

Eine Situation wie die Genannte könnte im Übrigen durch eine deutliche Präsenz staatlicher Schiffe verhindert werden, da diese meist bewaffnet sind, doch eine stärkere Präsenz europäischer Schiffe würde auch bedeuten, dass diese retten müssten und Retten ist derzeit nicht das Konzept der EU.

Die EU mit ihren Kriegsschiffen hat sich komplett aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen

Was am Ende bleibt

Nun könnte man sich auf diese Weise Schritt für Schritt durch die 500 Seiten Ermittlungsakten arbeiten und Vorwurf für Vorwurf entkräften. *Jugend Rettet* ist gerade gezwungen dies zu tun, anstatt sich auf dem Wasser um die Rettung von Menschenleben zu kümmern. Doch all das lenkt ab von den eigentlichen Problemen: Dass es für viele Tausende keinen Ausweg aus den Verhältnissen in Libyen gibt, die selbst der deutsche diplomatische Dienst als „KZ ähnlich“ beschreibt, dass Italien, welches durch die Dublin Verordnungen die Hauptlast der humanitären Krise zu tragen hat, von Deutschland und anderen EU Mitgliedsstaaten im Stich gelassen wird und dass die libysche Küstenwache als Handlanger der EU das Völkerrecht bricht. Endlich, dass sich die EU anstatt für die Wahrung von Menschenrechten, für kompromisslose Migrationsabwehr entschieden hat.

Vieles, im Rahmen dieser großen Verleumdung gegen die NGOs bleibt in diesem Text unkommentiert: Der sogenannte Verhaltenskodex der italienischen Regierung, den die NGOs unterzeichnen sollten und der nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages illegal ist; die libysche Küstenwache, die von der EU angestiftet, völkerrechtswidrige Rückführungen durchführt und dabei mit Gewalt gegen Flüchtende und zivile Retter*innen vorgeht, die dubiosen Umstände unter denen die IUVENTA festgesetzt wurde und für die die Rettungsleitstelle in Rom möglicherweise von der Regierung unter Druck gesetzt wurde.

Die Inszenierung ist gelungen, von weiten Teilen der Bevölkerung und auch vielen Journalist*innen, die dem eigentlich kritisch auf den Grund gehen sollten, wird sie geglaubt. Perfekt orchestriert und mit allen Mitteln, die der moderne Polizeistaat zur Verfügung hat, wurden die NGOs in die Enge getrieben. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Plan aufgeht und der Vorhang für die zivile Seenotrettung zeitnah fällt. Das Sterben wird dann weitergehen und die wahren Verantwortlichen bleiben unbehelligt.<

Ruben Neugebauer
ist Mitbegründer von
Sea-Watch. Dieser
Verein wurde Ende
2014 aus einer
Initiative von Frei-
willigen geschaffen,
die dem Sterben im
Mittelmeer nicht
mehr länger tatenlos
zusehen konnten.